

Vortrag Pro Scientia, 16. Mai 2013

Doris Graß

Die Legitimität leistungspolitischer Anforderungen aus der Sicht von LehrerInnen und SchulleiterInnen. Eine Fragestellung.

Ich möchte heute Abend die Grundzüge einer Fragestellung skizzieren, die mich das vergangene Jahr befasst hat und aller Voraussicht nach noch die kommenden drei Jahre beschäftigen wird.

Drei KollegInnen und ich haben, wie sich kürzlich gezeigt hat, erfolgreich bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften um ein Dissertations-Stipendium angesucht. Der Arbeitstitel unseres Forschungsvorhabens: "Legitime Leistungspolitiken? Governance und Gerechtigkeit in Schule, Hochschule, Altenpflege und industrielle Kreativarbeit"

Weil es möglicherweise den Rahmen etwas sprengen würde, unser gemeinsames Vorhaben vorzustellen - das ich als solches, d.h. als gemeinsames, immer noch sehr spannend finde, möchte ich also einen Einblick in mein Teilprojekt geben.

Wenn man die Thematik meines Dissertationsvorhabens auf einen Satz reduzieren möchte, könnte man sagen, dass ich von der Frage ausgehe, inwiefern Arbeit im Feld der Schule aktuell von Ökonomisierung, d.h. von einer Ausweitung ökonomischer Rationalität betroffen ist und wie sich eine solche Ökonomisierung auf die Gerechtigkeitsvorstellungen der Beschäftigten, also vor allem von LehrerInnen und SchulleiterInnen, auswirkt.

Ich möchte diese Frage im Kommenden etwas auseinandernehmen auf die Gefahr hin, dass die Frage auftaucht, warum man ein Thema das möglicherweise mit einem Satz auf einen Punkt gebracht werden kann, so komplizieren muss, zugleich aber auch in der Hoffnung, dass klarer wird, was das Vorhaben im Kern ausmacht und warum es sich lohnt, sich der Frage im Rahmen einer wissenschaftlichen Qualifizierungsarbeit zu widmen.

Gewissermaßen als Nebenprodukt werde ich versuchen einen Einblick in sozialwissenschaftliche Problemstellungen und ihre Herangehensweise geben.

Ausgangspunkt meiner Arbeit sind, ja auch medial durchaus berücksichtigte, Transformationen innerhalb des Schulwesens.

Damit sind nicht nur Veränderungen von Schulformen Schlagwort: Neue Mittelschule oder Gesamtschule angesprochen, sondern vor allem auch grundlegenden Veränderungen der Steuerung und Organisation von Schulen, d.h. gewissermaßen der "Logiken", die das Schulwesen als Ganzes folgt.

Zugespielt lässt sich der gegenwärtige Strukturwandel des Schulwesens durch drei wesentliche Entwicklungen zusammenfassen. Kern der „Modernisierung“ des Schulsystems sind demnach

- 1.) Dezentralisierung und (Teil-) Autonomisierung
 - 2.) bei gleichzeitiger Ergebnissteuerung
 - 3.) und Verstärkung der Verantwortlichkeit (Accountability-Logik)
- (vgl. Böttcher 2009, 675ff.)

Ohne hier ins Detail zu gehen, könnte man diese drei Kennzeichen so erklären: Den Schulen wird mehr Autonomie zugestanden. Sie dürfen Schwerpunkte in der Lehre setzen, bekommen gewisse Teile ihres Budgets zur "freien" Verfügung, sie bekommen stärkeres Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Personalauswahl, usw.

Um sicher zu stellen, dass infolge dieser Autonomie kein so genannter Wildwuchs geschieht, d.h. nicht jede Schule irgendwas macht, werden gleichzeitig die zentralen Vorgaben für alle Schule

gestärkt. Mit anderen Worten, den Schulen werden Ziele vorgegeben und damit einhergehend auch konkrete Ergebnisse erwartet. Das wohl bekannteste Beispiel für diese Entwicklung kann in der Einführung allgemein verbindlicher Bildungsstandards gesehen werden, über die das zuständige Ministerium vorgibt, welche Leistungen SchülerInnen je Schultyp und Altersgruppe erreichen sollen. Strukturell bedeuten diese Vorgaben eine Steuerung des Bildungswesens entlang von Zielen und damit eine Abkehr von der bisher vorherrschenden Steuerung über Mittel, d.h. vor allem Ressourcenzuteilung.

Kombiniert man beide Punkte, nämlich die Freiheit der Mittelwahl um vorgegebene Ziele zu erreichen, folgt gewissermaßen drittens. Die Schulen und eine Ebene niedriger: die Schulleitungen und jeder Lehrer, jede Lehrerin werden für die Leistungen ihrer Schule und ihrer Klassen verantwortlich gemacht. Fällt das Ergebnis eines standardisierten Vergleichstests an einer Schule oder in einer konkreten Klasse schlecht aus, kann direkt nachgefragt werden, was schief gelaufen ist und warum die Ziele nicht erreicht worden sind.

Hier wird also gewissermaßen ein Ursache-Wirkungszusammenhang unterstellt, der – Randbemerkung von mir – sehr problematisch ist.

Vor dem Hintergrund dieser drei skizzierten Transformationen ändern sich nicht nur die Vorstellungen, was Schüler und SchülerInnen lernen sollen und wie sie lernen sollen, sondern auch die Rolle von LehrerInnen - von "Bildungsarbeitern und Bildungsarbeiterinnen".

Meine zentralen Forschungsfragen sind auf diese Beschäftigten innerhalb des Schulwesens gerichtet. Ich frage unter anderem:

- 1.) Mit welchen leistungspolitischen Anforderungen sind SchulleiterInnen und LehrerInnen in ihrem beruflichen Alltag konfrontiert?
- 2.) Inwieweit werden Leistungspolitiken als un-/ gerecht beurteilt? Und welche Gerechtigkeitsprinzipien kommen in diesem Urteil zum Ausdruck?

Diese Fragen benötigen eventuell ein paar Erläuterungen. Etwa, was meint der Ausdruck Leistungspolitiken in diesem Zusammenhang?

Vereinfacht kann man sagen, dass die Leistungspolitiken einer Organisation, etwa einer Firma festlegen, was als Leistung gilt, als Leistung anerkannt wird, was von Beschäftigten entsprechend erwartet werden darf. Leistungspolitiken umfassen zugleich all jene Instrumente/ Strategien, welche die Leistungserbringung durch die Beschäftigten sicherstellen sollen, also etwa die Bezahlung, die Urlaubsregelungen, die Aufstiegsmöglichkeiten, die offiziellen und inoffiziellen Anerkennungsformen, und so weiter. Leistungspolitische Anforderungen an die Beschäftigten sind entweder explizit (zum Beispiel im Arbeitsvertrag festgehalten) oder implizit, zum Beispiel in der inoffiziellen Unternehmenskultur angelegt. Wichtig ist auch, dass Leistungspolitiken keineswegs nur nach dem top-down-Prinzip funktionieren, das heißt, von der Leitung einer Organisation vorgegeben und mit "Zwang" durchgesetzt werden. Ansprüche, die die Leistungserbringung betreffen, können sehr wohl auch von den Beschäftigten selbst formuliert werden, etwa als Selbstansprüche an die eigene Arbeit.

An dieser Stelle möchte ich nun die vorher vorgestellte Fragestellung nochmal ins Gedächtnis rufen; diesmal konkretisiert für den Bereich der Schulen. Die 2. Frage ist aus theoretischer Sicht die zentrale. Ich frage also: „Inwiefern werden schulische Leistungspolitiken als gerecht erlebt?“ Unter Bezug auf den Titel unseres gemeinsamen Forschungsvorhabens kann sie nochmals modifiziert werden: „Inwiefern sind Leistungspolitiken legitim?“ und weiter: "Worauf stützen sich die Menschen (SchulleiterInnen und LehrerInnen) um zu beurteilen, ob eine leistungspolitische Anforderung legitim ist oder nicht?"

An dieser Stelle wird es nun etwas theoretischer und ich möchte einen kleinen Exkurs in die Soziologie wagen!

Eine der zentralen Fragen unserer Disziplin lautet: „Woran richten Menschen/ Individuen ihr Handeln aus?“ Diese Frage kann unter anderem mit dem Verweis auf Werte beantwortet werden. Wählt man diesen Ansatz, befindet man sich gewissermaßen in der besten Gesellschaft, nämlich in der Tradition Max Webers, eines der Gründerväter der Soziologie. Die Antwort, dass Handeln wertbasiert ist, klingt banal, ist aber keine zwingende. Die Frage kann und wird durchaus regelmäßig auch ganz anders beantwortet.

Zieht man jedoch den wertebasierten Ansatz heran, kann man sagen, dass sich Menschen abhängig vom Kontext, in dem sie sich befinden, auf bestimmte Werte beziehen, die ihr Handeln leiten. Man kann diese Werte daher auch Handlungsorientierungen nennen. Werte selbst werden meist als unhinterfragte Annahmen verstanden. Der Bezug auf sie erfolgt daher in der Regel unbewusst, wobei durchaus kein strategisches Handeln, d.h. der bewusste und situationsabhängige Bezug auf Werte, ausgeschlossen ist.

Der hier umrissene Ansatz gilt (etwas herunter gebrochen) auch für Organisationen und gesellschaftliche Institutionen.

Die Frage, woran Organisationen ihr Handeln/ ihre Entscheidungen ausrichten kann ebenfalls mit Werten beantwortet werden. In diesem Fall spricht man jedoch weniger von handlungsleitenden Werten, als von institutionellen Logiken, an den sich Unternehmen oder Organisationen orientieren. Eine Forschungsrichtung, die ebenfalls der Tradition Max Webers folgt, und sich mit den Wertorientierungen in und von Organisationen befasst, ist der so genannte *institutional logics-Ansatz*. Die Forschung zu institutionellen Logiken hat eine gewisse Anzahl solcher Orientierungen bzw. Logiken identifiziert, die potentiell handlungsorientierend sein können. Patricia Thornton und andere (2004) benennen etwa sechs idealtypische, gesellschaftliche Institutionen und ordnen ihnen eine je eigene Logik zu. Die zentralen Institutionen sind Familie, Religion, Staat, Markt, Profession, Unternehmen. Jede dieser Institutionen folgt im Kern einem eigenen Prinzip/ einer eigenen bestimmenden Logik.

Familie: auf Tradition beruhende Überzeugung, Abstammung, Hierarchie

Religion: Inspiration, Charisma

Staat: Kollektiv bestimmt; gut ist, was repräsentativ anerkannt ist

Markt: Prinzip der Konkurrenz und des Wettbewerbs

Unternehmen (Industrie): übergeordnetes Prinzip der Effizienz, Wirksamkeit, Leistung

Profession: professionelle Expertise ausschlaggebend, Reputation der Vertreter

Um nicht allzu viel Verwirrung hervorzurufen, möchte ich drei Logiken herausgreifen, die in dem von mir untersuchten Feld der Schule und für die von mir untersuchte Fragestellung besondere Relevanz besitzen, und zwar: Profession, Markt und Unternehmen.

An dieser Stelle komme ich nun zurück auf die Frage "Woran orientieren Menschen ihr Handeln?" bzw. wieder: "Woran orientieren sich LehrerInnen in ihrem Arbeitsalltag?" und "Wie bewerten sie die Anforderungen, mit denen sie konfrontiert sind?"

Vor dem Hintergrund der institutional logics-Debatte kann die anfängliche, auf Werte rekurrierende Antwort konkretisiert werden. Sie lautet demnach: Sie berufen sich auf ihr Professionsverständnis oder sie berufen sich auf Erfordernisse des Marktes oder auf die Anforderung größtmöglicher Effizienz.

Die klassische Antwort (und auch das ist natürlich eine Vereinfachung) lautete üblicherweise: LehrerInnen und SchulleiterInnen handeln vor allem entlang ihres professionellen Selbstverständnisses als LehrerInnen. Sie sehen ihre Arbeit als Interaktion mit SchülerInnen. Im Zentrum steht die

Bildung von Personen, die weil sie so individuell verschieden sind, nicht standardisierbar ist. Entsprechend beruht das professionelle Selbstverständnis des Lehrers/ der Lehrerin auf seiner/ ihrer Autorität in der Beurteilung, was richtig und gut für die Bildung der einzelnen SchülerInnen ist.

Bei der Beantwortung der Frage spielen nun aber zugleich die zuvor angedeuteten Veränderungen innerhalb des Schulwesens (Autonomie, Outputorientierung, Verantwortlichkeit) hinein. Im ihrem Kontext muss die traditionelle Antwort auf die Frage nach den Handlungsorientierungen modifiziert werden: Demnach wird auch LehrerInnenarbeit zunehmend an wirtschaftlichen Kenngrößen, gewissermaßen an einem „ökonomischen Selbstverständnis“ ausgerichtet.

Mit anderen Worten, die Umbrüche im Bildungswesen führen zu einer Ökonomisierung, und zwar zu einer Ökonomisierung in den Handlungsorientierungen. Sowohl die Arbeit von LehrerInnen als auch die Organisation der Schule insgesamt folgt verstärkt ökonomischen Logiken. Ihr Handeln und ihre Entscheidungen richten sich zunehmend an den Kriterien Wettbewerb, Konkurrenz sowie an Effizienz aus.

Wichtig für uns ist, dass die wir mit Ökonomisierung nicht nur meinen, dass etwa bestimmte Managementinstrumente aus der Privatwirtschaft an Schulen übernommen werden, obwohl das durchaus ein Bestandteil ist – etwa die Einführung von Leistungs- und Zielvereinbarungen. Interessanter für uns ist die Frage, ob sich im Zusammenhang bspw. mit der Einführung solcher Leistungs- und Zielvereinbarungen auch die Prinzipien ändern, an den Menschen festmachen, was für sie gerecht, d.h. legitim ist.

Als These der Ökonomisierung hat diese Entwicklung inzwischen weitreichenden Einfluss gewonnen. Aber, die Frage der empirischen Evidenz ist für den Schulsektor bislang weitgehend ungeklärt. Das heißt, eine Antwort darauf, ob in der Praxis tatsächlich eine Ausweitung markt- und unternehmensbezogener Logiken im Denken und Handeln von LehrerInnen und SchulleiterInnen beobachtet werden kann, muss noch gegeben werden.

Und das nicht nur für den Bereich der Schule. Es gilt Fragen der Legitimität empirisch zu fundieren, etwa ob Gerechtigkeitsprinzipien, die stärker mit Markt und Unternehmen korrelieren, gegenüber solchen der Profession oder des Staates dominieren? Meine KollegInnen und ich haben die Möglichkeit erhalten an der Beantwortung dieser Fragen bzw. weiterer auf diese bezogenen Fragen zu arbeiten.